

## ZEITSCHRIFTEN-SPIEGEL

### „Wie kann sich einer Christ nennen und zugleich atomar aufrüsten?“

„Was ist zum Ergebnis der Synode zu sagen?“ fragt Oberkirchenrat *Heinz Kloppenburg* in den Protestantischen Monatsheften *Junge Kirche* (9/10) und antwortet:

„Die Entschließung zur Frage der atomaren Aufrüstung hat unendlich viele von denen enttäuscht, die auf ein klares, eindeutiges Bekenntnis der Synode gehofft hatten. Professor *von Weizsäcker* hatte Anfang April in London davor gewarnt, die Möglichkeiten der institutionellen Kirche in dieser Hinsicht zu überschätzen. Sie sei geistig nicht qualifiziert dazu, weil sie überfordert sei, meinte er. Es komme jetzt auf die schlichte *Weigerung des einzelnen* an, nicht mitzutun und sich zu diesem Nicht-mittun auch öffentlich zu bekennen.

Aber hat die Synode nicht auch das wenige nicht getan, was sie hätte tun können? Das Entscheidende ist doch wohl dies: Die Synode hat sich zu ihrer Ohnmacht bekannt, ein gemeinsames Wort zu der *Sache* zu sagen, um die es geht. Die Wiederaufnahme der allgemeinen Ablehnungen der atomaren Aufrüstung ist ja noch kein wirklich konkretes Wort an den Christen in der Gemeinde, der fragt, was er heute tun soll. Man soll allerdings nicht überhören, daß die Bitte der Synode ‚eine atomare Aufrüstung deutscher Streitkräfte zu vermeiden‘ als eine *absolute*, ohne Bedingungen und ‚wenn und aber‘ und ‚sofern ...‘ gestellt worden ist. Man soll auch nicht überhören, daß Bischof *Dibelius* klar gesagt hat: ‚Krieg geht nicht mehr!‘ und daß er für seine Person gesagt hat, daß er kein Atomgeschütz bedienen könne. Man soll auch nicht überhören, daß der *Militärseelsorgevertrag*, den man der Synode vor einem Jahr auf eine unguete Weise aufgenötigt hat, in das Stadium der Liquidation geraten ist...

Die Vertreter der Auffassung: Mitmachen ist Sünde, haben wohl die Mehrheit auf der Synode gebildet. Aber sie haben auf den Versuch oder die Versuchung verzichtet, die Minderheit zu majorisieren. Andererseits ist keine kirchliche Diskreditierung der Arbeit der Bruderschaften mehr möglich.

Aber die Synode sagt in ihrem Schlußsatz, daß es natürlich bei dieser Situation nicht bleiben kann. Sie hat nicht leichtfertig mit der Spaltung gespielt. Spaltungen am Leibe Christi sind etwas Schreckliches, weil sie die Glaubwürdigkeit der Botschaft gefährden. Aber nicht minder schrecklich und die Glaubwürdigkeit gefährdend ist es, wenn man die Einheitsfrage über die Wahrheitsfrage stellt.

Der Kampf um das Bekenntnis, das uns aufgetragen ist, geht weiter. Er tritt erst in

sein entscheidendes Stadium ... Wir können die Frage der Bruderschaften nur noch einmal stellen: Wie kann einer sich Christ nennen und zugleich atomar aufrüsten? Für uns ist das Verleugnung aller drei Artikel des christlichen Glaubens. Muß nicht die *ganze* Kirche das mit uns sagen?

Die Berliner Synode hat diese Fragestellung gehört. Sie hat sie nicht verworfen. Damit ist die Frage an jedes Gemeindemitglied, an jedes Presbyterium, an jede Landessynode gerichtet. Die Bruderschaften werden nicht aufhören, hier zur Entscheidung zu rufen.“

### Lieber tot als rot?

Ober die bekannten Gedankengänge des amerikanischen Diplomaten und Historikers *George F. Kennan* fand kürzlich in Paris im Rahmen einer Vorstandssitzung des Kongresses für die Freiheit der Kultur eine sehr fruchtbare Diskussion statt, an der u. a. Carlo Schmid, Denis Healey, Sidney Hook, Richard Lowenthal und F. R. Allemann teilnahmen. *Der Monat* (115) veröffentlicht aus der Feder von Kennan selbst das Fazit dieser Diskussion. Aus diesem vorläufigen Schlußwort Kennans möchten wir drei besonders wichtige Stellen zitieren.

Mit leider berechtigtem Pessimismus stellt Kennan fest, daß die Regierungen für die nächste Zeit nicht bereit zu sein scheinen, die Möglichkeit eines „disengagement“ ernstlich in Betracht zu ziehen: „Im Gegenteil, man trägt sich zur Zeit mit Plänen, die gesamte westeuropäische Verteidigung auf Atomwaffen aufzubauen, und diese Pläne werden immer schwerer rückgängig zu machen sein. Nicht nur, daß den militärischen Planern die Atomwaffen — vor allem Atomartillerie und Raketen mittlerer Reichweite — bald unerläßlicher erscheinen werden denn je zuvor, bis ihnen ein Verzicht auf diese Waffen für undenkbar gelten wird. Es wird auch dahin kommen, daß die ganze Frage eines solchen Verzichts nur noch mit der einmütigen Zustimmung eines weiten Kreises von Regierungen zu lösen ist, die von unterschiedlichsten Interessen und Motiven bewegt werden. Gleichzeitig dürften die Vereinigten Staaten, England und Sowjetrußland die Atomabschreckung mit weittragenden Waffen bis zu einem solchen Grade der Kompliziertheit, Kostspieligkeit und Bedenklichkeit (was den menschlichen Irrtum anlangt) weiterentwickeln, daß den Politikern auf beiden Seiten schwerste Probleme aufgegeben werden.“

Kennan führt dann weiter aus, daß durch diese Entwicklung politische Lösungen immer schwieriger werden: „Es gibt so etwas wie eine Einengung der den Staatsmännern offenstehenden Alternativen, ein Schrumpfen des Bereichs, innerhalb dessen sie manövrieren, experimentieren und den schlimmsten Gefahren auswei-

chen können. Eine solche Einengung trat — vom westlichen Standpunkt — mit der Macht ergreifung Hitlers im Jahre 1933 ein. Ich glaube, daß eine ähnlich einschneidende Veränderung im vergangenen Herbst vor sich gegangen ist. Angesichts der Kompliziertheit und Starrheit moderner Regierungsstrukturen, angesichts der sich vertiefenden Kluft zwischen der politischen Urteilsfähigkeit der Öffentlichkeit und den Faktoren, die es in jede Betrachtung der Möglichkeiten moderner Waffen einzukalkulieren gilt, angesichts auch der wachsenden Zahl von Regierungen, deren Zustimmung bei jeder Maßnahme zum Abbruch des Atomwetterüstens eingeholt werden muß, frage ich mich, ob wir die Lage wirklich noch unter Kontrolle haben. War der vergangene Herbst nicht der letzte Augenblick, in dem noch ein einzelner oder eine Gruppe, klein genug, um sich zu verstehen und bewußt als Gruppe zu handeln, unser Schicksal hätte in die Hand nehmen können?“

Zum Schluß wendet sich George F. Kennan mit großem Ernst gegen die These „Lieber tot als rot“ oder „Lieber keine Welt als gewisse andere Welten“. Dazu sagt er: „Das scheint mir doch für eine einzelne Generation ein etwas egozentrischer Standpunkt zu sein. Ginge es nur um uns selbst, so dürften wir vielleicht den Tod vorziehen; haben wir jedoch das Recht, diese Entscheidung auch für unsere Kinder zu fällen? Wissen wir, welches Dasein sie vorziehen werden? Sollten wir angesichts unserer eklatanten Fehler und Unzulänglichkeiten nicht so bescheiden sein, ihnen doch irgendeine Welt zum Leben zu belassen, für den Fall, daß sie diese Welt dem Nichts vorziehen?“

### Mut zu neuen Ideen!

Zwei wichtige Arbeiten zum Problem des drohenden Atomkrieges finden sich im Aprilheft der immer lesenswerten Zeitschrift *Außenpolitik*. Der bekannte deutsche Forscher Prof. Dr. Eugen Sänger vertritt die Ansicht, daß die Entwicklung der Raumfahrt zur technischen Überholung des Krieges führen werde: „Wir müssen uns an der Raumfahrtentwicklung — die Luftwaffen wie Atomwaffen naturgesetzlich gegenstandslos macht — mit allen unseren Kräften beteiligen und so den Verzicht der Atomwaffen auf der ganzen Welt erzwingen, indem wir mithelfen, den Krieg technisch zu überholen.“

Mit überzeugenden politischen Argumenten setzt sich im gleichen Heft der frühere englische Labourpolitiker *Alfred Roberts* für eine Rüstungsbeschränkung in Mitteleuropa ein: „Ich glaube, daß jedes Jahr, das dahingeht, es schwieriger macht, zu einer Vereinbarung zu gelangen, und ich meine daher, daß wir nicht müde werden dürfen, Mittel und Wege zu diskutieren, wie wir die Formel entdecken können, die wirklich geeignet ist, die Wiederver-

einigung Deutschlands zu erreichen. Wenn wir tatsächlich dieses große Gebiet mit Rüstungsbeschränkung haben könnten, mit Inspektion und Kontrolle und internationaler Rechtsprechung, dann würden wir nicht nur die brennenden moralischen und physischen Probleme Deutschlands ... gelöst haben, sondern wir würden wahrscheinlich auch den größten Fortschritt auf dem Wege zur Erreichung des Weltfriedens gemacht haben, der jemals versucht worden ist... Ich bin weiter der Ansicht, daß wir zu keiner Regelung kommen werden, wenn wir die alten Auseinandersetzungen fortsetzen, daß wir vielmehr bereit sein müssen, uns mit neuen Ideen zu befassen und in den einzelnen Ländern für diese Dinge verantwortliche Männer hervorzubringen, die ein gewisses Maß an Mut und Überzeugungskraft mitbringen.“

### Wachsam bleiben und handeln!

Gegen die Privatisierung des Bundesvermögens wendet sich erneut *Otto Brenner* (*Metal* Nr. 10) mit schlagenden Argumenten: „Die Privatisierung des industriellen Bundesvermögens ist heute Trumpf. Sie läßt den einseitig unternehmerfreundlichen Charakter der Wirtschaftspolitik des dritten Kabinetts Adenauer mit aller Deutlichkeit hervortreten. War es vor der Wahl zum Bundestag am 15. September 1957 die Privatisierung des Volkswagenwerkes., so ist es nunmehr die Privatisierung der Howaldtswerke in Hamburg, mit der man die Wahlwechsel der Unternehmer honorieren möchte. Andere Objekte sollen folgen. Um diese Verschleuderung des Bundesvermögens vorzunehmen, ist sogar ein eigenes Ministerium gebildet worden, das sich zwar Schatzministerium nennt, aber weit richtiger Ausverkaufministerium heißen sollte.“

Dem Unternehmertum ist es seit langem ein Dorn im Auge, daß im Staatsbesitz befindliche Betriebe ebenso rentabel und wirtschaftlich arbeiten wie private Unternehmungen. Die Existenz bundeseigener Betriebe widerlegt aufs sinnfälligste die Mär, daß nur das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die sogenannte private Unternehmerinitiative ein erfolgreiches Wirtschaften möglich machen. Das Ganze ist um so peinlicher, wenn man von Zeit zu Zeit — vorzugsweise aber bei jeder gewerkschaftlichen Lohnbewegung — ein großes Geschrei erhebt, daß die Gewerkschaften angeblich in unzulässiger Weise in die Wirtschaftspolitik der Regierung eingriffen und einen Druck ausübten, der ihre Kompetenzen überschreite.

Dieses irreführende Geschrei kommt gerade aus jenen Kreisen, die es nach 1945 recht gern gesehen haben, daß Arbeitnehmer und Gewerkschaften ihre ganze Kraft für den Wiederaufbau der zerstörten Industrieanlagen einsetzten, daß sie sich gegen die Demontagen und die Vernichtung nichtzerstörter Werke wandten —

und das nicht nur mit Demonstrationen. Damals erschien es den Unternehmern ganz in der Ordnung, daß sich die Arbeiter den auffahrenden Sprengkommandos entgegenstellten und durchsetzten, daß die Truppen wieder abgezogen wurden.

Welches Motiv hat wohl damals die Menschen bewegt, daß sie es nach der durch die nazistischen und militaristischen Hasardeure heraufbeschworenen totalen Niederlage wagten, der Besatzungsmacht, die sie eben vom nazistischen Joch befreit hatte, entgegenzutreten? Ganz bestimmt taten sie es nicht, um diese Werke für das private Unternehmertum zu retten, jenes Unternehmertum, das 1945 aus begrifflichen Gründen zunächst einmal recht kleinlaut geworden war und bei den Arbeitnehmern um gut Wetter bitten kam. Die Arbeitnehmerschaft wollte vielmehr ihren Arbeitsplatz, ihre Existenzbasis erhalten, damals wie heute. Sie wollte die Werkstätten und Büros wieder in Gang setzen, in denen sie für den friedlichen Aufbau eines besseren Deutschland arbeiten konnte. Sie wollte vor allem aber auch verhindern, daß wirtschaftliche Macht in Deutschland jemals wieder dazu benutzt werden könnte, um sich politische Macht zu verschaffen und sie in frevelhafter Weise wieder zum Nachteil für uns alle und die ganze Welt auszuüben. Darum sollten die Betriebe unter eine umfassende demokratische Kontrolle gestellt, sollte die Groß- und Schwerindustrie in Gemeineigentum überführt werden, so wie es nicht nur das Münchner Programm des DGB von 1949, sondern auch das Ahlener Programm der CDU von 1947 vorsah.

Was ist daraus geworden? Die Wiedererrichtung der Unternehmerrmacht in Wirtschaft und Gesellschaft, die verstärkte Konzentration und Kartellierung der Wirtschaft, die geplante Privatisierung bundeseigener Industrierwerke, die sich niemals in Privatbesitz befunden haben, nicht einmal zu Zeiten des Kaiserreichs . . .“

Und der Vorsitzende der IG Metall schließt mit folgenden Sätzen: „Die Arbeitnehmer sollen in höchst undemokratischer Weise vor vollendete Tatsachen gestellt werden... Die Wahrheit läßt sich aber auf die Dauer nicht mit Phrasen zudecken, sie ist ein unentbehrliches Element demokratischer Politik. Die Gewerkschaften werden darum nicht müde werden, die Wahrheit immer wieder zu verkünden. Wir werden wachsam bleiben und handeln, wenn es nötig ist!“

### Bekanntnis zur Zukunft

Eines der hoffnungsvollen Zeichen in unserer bundesdeutschen Gegenwart ist das Bekanntnis zahlreicher deutscher Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler und weiter Kreise der Studentenschaft zu den Gedanken des friedlichen und sozial gerechten Zusammenlebens der Völker und der Menschen. In der Weimarer Republik haben nur wenige Intellektuelle die

Einsicht und den Mut gehabt, sich zu solchen Gedanken zu bekennen. Einer dieser wenigen war *Thomas Mann*. Am 12. Januar 1933, also unmittelbar vor der drohenden nationalsozialistischen Machtergreifung, hat er von München aus in einem langen Schreiben an den früheren preußischen Kultusminister Adolf Grimme noch einmal seine warnende Stimme erhoben. Dieses bekenntnishafte Dokument, das Thomas Mann zur Bekanntgabe in einer Kundgebung des Sozialistischen Kulturbundes geschrieben hat, wird jetzt, gerade zur rechten Stunde, in den *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* (2) im Wortlaut veröffentlicht. Wir müssen uns damit begnügen, einige Sätze zu zitieren:

„Das Politische und Soziale ist ein Bereich des Humanen. Das humane Interesse, die humane Leidenschaft, das Gebundensein an das Problem des Menschen, die Sympathie mit seinem Los, dies Interesse und diese Leidenschaft umfassen beide Bereiche, das des Persönlich-Innerlichen sowohl wie die äußerliche Ordnung menschlichen Zusammenlebens . . . Sozialismus ist nichts anderes, als der pflichtmäßige Entschluß, den Kopf nicht mehr vor den dringendsten Anforderungen der Materie, des gesellschaftlichen kollektiven Lebens in den Sand der himmlischen Dinge zu stecken, sondern sich auf die Seite derer zu schlagen, die der Erde einen Sinn geben wollen, einen Menschensinn.“

In diesem Sinn bin ich Sozialist. Und ich bin Demokrat in dem einfachen und allgemeinen Sinn, daß ich an die Unvergänglichkeit von Ideen glaube, die *mir* mit der Idee des Menschen selbst, mit jedem Gefühl für die Tatsache Mensch unverbrüchlich verbunden scheinen, der Idee der Freiheit zum Beispiel . . . Ohne die seelisch-sittlichen Inhalte, die das Wort Freiheit birgt, ist der Mensch nicht Mensch und vermag nicht auf menschliche Art zu leben . . . Die nationale Idee ist eine Idee der Vergangenheit und nicht der Zukunft; in aller Welt ist heute nichts mehr mit ihr anzufangen, und nur noch hinausgehen kann man über sie, um zu größeren Zusammenfassungen, die das Leben fordert, zu gelangen. Jeder Mensch von Gefühl und Verstand weiß, daß die Völker Europas heute nicht mehr einzeln und abgeschlossen für sich zu leben und zu gedeihen vermögen, sondern daß sie aufeinander angewiesen sind und eine Schicksalsgemeinschaft bilden, die es anzuerkennen und zu verwirklichen gilt . . . Das Rasen der nationalsozialistischen Leidenschaften ist nichts weiter als ein spätes und letztes Aufflackern eines schon niedergebrannten Feuers, ein sterbendes Wiederaufflammen, das sich selbst als neue Lebensglut mißversteht. Und alle Tatsachen des Lebens und der Entwicklung, die wirtschaftlichen, technischen und geistigen, zeugen dafür, daß die Zukunft auf dem Wege liegt, den einzuschlagen die Völker längst gewillt sind, dem Wege in die soziale Welt der Einheit, der Freiheit und des Friedens.“

*Dr. Walter Fabian*